

Der FUNKER

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferrung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 6a. Fernruf: P 7 Janowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 258 B

BERLIN • Mittwoch, den 2. November 1932

1. JAHRGANG

Scheinkampf um den Artikel 48

Der Kongreß der spanischen freien Gewerkschaft. Eine bedeutsame Neuwahl.

H. P. Madrid, im Oktober.

Unmittelbar auf den Parteitag der SPS folgte der Gewerkschaftskongreß der Union General de Trabajadores (UGT). Fast 2000 Delegierte sind in dem großen Theatersaal versammelt. Unter ihnen herrscht das Arbeiterelement vor, der Provinzdelegierte, der zum Kongreß kam, um zu hören, was gegen die Herrschaft der Kaziken, der Landjunker, getan werden kann. Fast die Hälfte der Mitglieder der UGT sind Landarbeiter.

Drei Tage lang standen die Funktionäre vor den Delegierten, um ihre Maßnahmen, die in den vergangenen Jahren ergriffen oder unterlassen wurden, zu verteidigen.

Die Diskussion brachte keine neuen Gesichtspunkte mehr. Wer hat Recht? Wer war schuld an dem Versagen der Bewegung am 15. Dezember 1930? Jeder machte sich seine Meinung und dabei blieb's.

Die objektiv wichtigste Frage für den weiteren Fortschritt der UGT und für die Arbeiterbewegung Spaniens überhaupt, nämlich

die Beziehungen der UGT zur SPS,

kam erst spät zur Diskussion. Aus der Versammlung wurden die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen, die gegen diese intime Verbindung protestierten und für die UGT mehr Selbständigkeit verlangten. Man kann sagen, daß die Sozialdemokratische Partei bisher die UGT als ihren Machtstützpunkt ohne Rücksicht auf die Folgen ihrer Politik für die UGT ansah und die UGT an alle ihre politischen Forderungen anhängte. Die bestehende Personalunion erleichterte die „Verhandlungen“ zwischen den beiden Vorständen, denn beiden Organisationen standen fast dieselben Personen vor. Ausschusssitzungen der Gewerkschaft wurden zu Parteisitzungen und umgekehrt. Die Partei mit ihren 80 000 Mitgliedern bevormundete die Gewerkschaft mit 1 Million Mitglieder, unter denen Kommunisten und Anarchisten, wenn auch nicht in großer Zahl, sich befanden. Der größere Teil hat sich für eine Parteirichtung überhaupt nicht entschieden.

Ein Delegierter reicht einen Antrag ein, wonach die UGT sich von allen politischen Parteien lösen soll. Der Vorsitzende macht schon Stimmung gegen diesen Antrag, ehe er noch dem Verfasser das Wort dazu erteilt. Ehe die Versammlung darüber beschlossen hatte, ja ehe sich der Vorsitzende die Gründe angehört hatte, entschied er über den Antrag, indem er ihn zerriß. Der Antrag ist in der Form ungeschickt gewesen und ging zu weit. Aber wir haben hier ein Beispiel mehr für die so hoch gepriesene Demokratie. Man muß festhalten, daß der Mann nicht schimpfte, sondern ruhig seine Meinung vorbrachte. Weder die Versammlung noch der Vorsitzende ließen ihn ausreden.

Der weitaus größte Teil der Delegierten beteiligt sich weder an den öfteren Abstimmungen über Geschäftsordnungsfragen noch an der Debatte. Sie hören zu, sie machen sich ihre Gedanken. Ueber der Versammlung schwebte Ungewißheit. Beifall fand fast jeder Redner. Man hatte den Eindruck, daß der Beifall nicht immer Zustimmung bedeutete, sondern eine Höflichkeitsform war, mit der die Versammelten den Redner, wenn er seine Worte gut wählte, belohnten. Jeder gute Redner ist des Beifalls wert — könnte man sagen.

Nur die Neuwahl der Vorstandschaft konnte über die wahre Stimmung der Versammlung unterrichten.

Die Spannung auf das Ergebnis war außerordentlich. „El Socialista“, das Parteiorgan, beschwor die Gewerkschafter einen Vorstand zu wählen mit einheitlicher Denkart. Die zwei Richtungen, die sich gegenüberstanden, waren: Largo Caballero, der mit Cordero und anderen Funktionären die Mitarbeit in der Regierung vertritt, auf der einen Seite, und auf der anderen Julián Besteiro, Saborit und Trifón Gómez, die Gegner der Mitarbeit sind und die UGT unabhängiger haben wollen. Besteiro hat auf dem Parteitag knapp eine Niederlage erlitten und blieb mit nur wenigen Stimmen gegenüber Caballero in der Minderheit. Die Neuwahl des Vorstandes der UGT brachte nun einen vollen Sieg der Richtung Besteiro, der erster Vorsitzender, während Saborit zweiter Vorsitzender wurde. Trifón Gómez wurde Hilfssekretär und Caballero Generalsekretär. Cordero fiel durch.

Dieses Ergebnis hat eine Art Panik im Lager der bisherigen Funktionäre ausgelöst. Caballero, der während des Kongresses wegen Krankheit nicht erscheinen konnte, lehnte brieflich die Annahme des Amtes eines Generalsekretärs

Formale Proteste, aber keinen Druck.

Hk. Herr von Gayl hat den Reichsrat zum 10. November einberufen, damit der sich über Dinge unterhalte wie die folgenden: einen Gesetzentwurf über die Abkommen zur Vereinheitlichung des Schöckrechtes, eine Verordnung über Handelsklassen von Kartoffeln, Durchführungsbestimmungen über Gemeindebesteuer und Gemeindegetränksteuer, eine Änderung der Eier-Verordnung u. s. w.

Demgegenüber hat die preußische Regierung Braun die Einberufung des Reichsratsausschusses für Verfassung und Geschäftsordnung beantragt; diese Sitzung wird am 3. November stattfinden. Der Ausschuß soll eine Vollsitzung zu einem früheren Termin beschließen, als es Herrn v. Gayl für die Eier- und Bier-Probleme nötig erscheint.

Hindenburg hat sich am Montag von den neuernannten Reichsministern Bracht und Popitz die übliche Formel hersagen lassen:

„Ich schwöre Treue der . . .“

Wenn wir unserem gestrigen Bericht die Überschrift: „Preußen-Drama in fünf Akten“ gaben, so haben wir damit insofern nicht das Richtige getroffen, als von einem Drama kaum die Rede sein kann. Denn

es fehlt den Usurpatoren der kraftvolle Gegenspieler.

Die unglaublich lahme Stellung der Regierung Braun, ausgedrückt in der rückwärtswollen Sprache des „Vorwärts“, nimmt sich folgendermaßen aus:

„Die Ernennung von Reichsministern ist an sich Sache des Reiches. Preußen hat dabei lediglich im Rahmen des Reichsrats wegen der haushaltmäßigen Unterlagen mitzusprechen. Die Ernennung ist nach der grundsätzlichen Auffassung der preußischen Staatsregierung deshalb überflüssig, weil die Verwaltung preußischer Angelegenheiten durch das Reich auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 nach ihrer Ansicht nicht notwendig ist. Wenn sie aber für notwendig gehalten wird, kann die Beschränkung auf Preußen nicht gerechtfertigt werden. Die Bezeichnung der Kommissare als „Reichsminister“ ist immerhin zutreffender als die Bezeichnung als „Landesminister“ oder „Landesregierung“, die mit der Entscheidung des Staatsgerichtshofes nicht in Einklang steht.“

Aus Bayern hört man zwar noch scharfe Worte, sogar das im übrigen Reichsgebiet verbotene Wort „Verfassungsbruch“. Ministerpräsident Held sagte am Montag in Cönnstatt und Stuttgart u. a.:

„Da die Lösung des Dualismus zwischen Reich und Preußen gegen die Verfassung versucht werde, bleibe nur der Kampf gegen die Maßnahmen. Denn wer Gewalt anwende, könne auch wieder nur mit Gewalt bekämpft werden; ob es

AUS DEM INHALT:

Der Plan zur „Sicherung des Friedens“. Wieder schwerer politischer Terror. Wie drei Arbeiter ins Zuchthaus kamen! Von Betrieb und Stempelstelle. Lehren des Berliner Krafttag-Streiks. Generals-Statistik. Ein getreuer Diener seiner Herren,

sich dabei um Herrn von Papen handele oder um sonst jemand, sei gleichgültig. Wenn er (Held) seine Pflicht erfüllen wolle als Staatsmann für die Aufrechterhaltung des Rechtes, dann könne er nicht mehr schweigen und müsse aufrufen zur Mahnung und zum Kampf.“

Man muß aber beachten, daß es vorläufig nur Wahlversammlungen sind, in denen solche Worte ertönen. Welche von ihnen werden am 6. November überdauern? Und von Taten ist auch bei den Süddeutschen bisher noch nichts zu bemerken.

Weshalb nutzt Held nicht die Zeit statt zu Reden dazu, mit seinen Minister-Kollegen in Stuttgart und Karlsruhe zu gemeinsamen Entschlüssen gegen Papen vorzustößen?

Die „Germania“ weiß nichts vorzuschlagen als den Rat, „daß sich das deutsche Volk seinen verfassungsmäßigen Einfluß auf die Staatsführung wieder in vollem Maße sichert“, was am besten gelinge werde durch — die Wahl der Zentrumsliste am 6. November!

Wir finden hier ein Urteil der Selbstbesinnung voll auf bestätigt, das eine friedensfreundliche Zentrumszeitung vor kurzem über den politischen Katholizismus fällt:

„Sobald wir uns von den Schrecken eines Umsturzes erholt haben, wissen wir die neuen Tatsachen anzuerkennen und lernen es, uns in ihrem Rahmen zu bewegen . . . Aber wenn der Rahmen selber schwankt . . . vor dieser eigentlich geschichtlichen Entscheidung haben wir wenig, woran wir uns halten können.“

In der Tat: Ein Hin- und Hergewürge eines an der Macht „interessierten“ Haufens. Eine so unzulängliche Politikerschicht, daß Willy Hellpach (Demokrat und Fortschrittsmensch!) neulich in der „Neuen Zürcher Zeitung“ den Preußischen Zwickelkommissar ernsthaft einen „Mann von Format“ nannte.

200 000 Spinner im Streik.

Rund 200 000 englische Spinner sind am Montag in den Streik getreten. Der Streikbeschuß wurde von ziemlich sämtlichen Arbeitern befolgt. Nur in wenigen Spinnereien, wo die alten Lohnsätze in Kraft geblieben sind, wird gearbeitet.

Hoffentlich lassen es die Spinner nicht zu, daß der Streik nach einiger Zeit abgewürgt wird, wie es vor einigen Wochen mit dem Weberstreik der Fall war!

in einem so zusammengesetzten Ausschuß ab. Ihm schlossen sich der Kassierer und einige Beisitzer an. Besteiro und Genossen jedoch nahmen das Amt an und wurden vom Kongreß beauftragt, sich mit der Besetzung der freigewordenen Posten zu beschäftigen.

Der rasche Entschluß Caballeros war sicherlich übereilt. Die Folgen können für die nächste Politik der SPS von weittragender Bedeutung sein. Der einzige Machtstützpunkt der SPS ist die UGT, ohne die die Partei kein einziges Mittel besitzt, mit dem sie ihren Forderungen Nachdruck verleihen kann. Zwar siegte Caballero in der Partei, aber er verlor in der UGT und damit liegt auch die Entscheidung über die politischen Maßnahmen in den Händen Besteiros. Die unterlegenen Funktionäre zeigen in ihrem Verhalten — sie haben völlig die Nerven verloren — sehr deutlich, daß ihnen diese Konsequenz klar vor Augen steht.

SA ermordet Dreizehnjährigen.

In Meiderich weigerte sich ein Arbeiter, ein nationalsozialistisches Flugblatt von einem SA-Mann anzunehmen. Die SA-Leute feuerten darauf blindlings mehrere Schüsse ab und töteten den 13 Jahre alten Jungen Hoffmann.

Man lese hierzu, was wir an anderer Stelle über die Opferbereitschaft bringen, die Nazi-Lehrer hinter der SA vermuten und auch anderen einreden wollen.

Es handelt sich um nichts weniger, als um den Abschluß der Ministertätigkeit und um eine Rückführung der sozialistischen Bewegung auf die Methoden des Klassenkampfes.

Es ist kein Zufall, daß den Ausschlag für diesen Ausgang der Wahlen die Eisenbahner- und Landarbeiterverbände gaben. Beide nämlich sind am stärksten von der Ministerpolitik der SP bedröht und haben mit den konkurrierenden Gewerkschaften (Anarchisten und Kommunisten) auf recht wackeligen Böden zu kämpfen. Die Vorsitzenden der beiden Organisationen — Trifón Gómez für die Eisenbahner und Lucio Martínez für die Landarbeiter — sind Gegner der Regierungsbeteiligung und befinden sich jetzt im Ausschuß der UGT. Man braucht nur an die steten Klagen aus den Provinzen zu denken, wonach der Terror der Kaziken trotz der drei sozialistischen Minister ungebrochen wütet,

Die Eisenbahner andererseits kamen mit dem sozialistischen Minister Prieto in Konflikt, als sie ihre Forderungen an die Eisenbahngesellschaften richteten. Nun haben sie zwar eine kleine Lohnerhöhung erreicht, aber gleichzeitig hat der Minister eine Verkehrstariferhöhung genehmigt, sodass im Grunde die Lohnerhöhung wieder auf Kosten der Verbraucher, also der Arbeiter geht. Diese Dinge verstimmten die Gewerkschafter und so ist auch die oppositionelle Haltung zu verstehen.

Besteiro hat der Presse über die zukünftige Haltung Erklärungen abgegeben, aus denen hervorgeht, daß er keineswegs die Verbindungen mit der SP abzubrechen gewillt ist, sondern weiterhin gemeinschaftlich mit ihr Beschlüsse fassen würde.

Dagegen ist im Grunde nichts einzuwenden, wenn sich bei den Verhandlungen zwei unabhängige Partner gegenüberstehen.

Man darf nicht vergessen, daß in Spanien die SP viel weiter links steht als in Deutschland, daß die KP sich nur darauf beschränkt, die UGT, in der man fast mehr von der Revolution spricht als in der KP, mit für Spanien lächerlichen Argumenten hemmungslos bekämpft und daß das Proletariat augenblicklich überhaupt keine andere parlamentarische Vertretung hat, als die SPS.

Die Gewerkschaft soll sich an die politischen Parteien wenden und von ihnen die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen verlangen. Das, was die Gewerkschaft abholen muß, ist der Versuch, die wirtschaftliche Macht der Gewerkschaft für parteiaktive Ziele von zweifelhaftem Wert zu mißbrauchen. Und das scheint auch Besteiro verhindern zu wollen, indem er auf den jetzigen Zustand verweist, in dem beide Organisationen Mitglieder und ihre Selbständigkeit mehr und mehr verlieren. Er meint ganz richtig, daß man

durch die Wahrung der Unabhängigkeit der sozialistischen Bewegung besser diene, als auf jene andere Weise. Seine Absichten hinsichtlich des neuen Kurses läßt er durchblicken, indem er als Beispiel für die Organisation der UGT und für ihr Verhältnis zur „Partei“ die englische Arbeiter-Partei hinstellt, die es verstanden habe, in ihrem Rahmen die gewerkschaftliche und politische Bewegung mit allen Schattierungen zu vereinigen. Noch geeigneter scheint ihm die belgische Arbeiterpartei zu sein.

Hier zeigt sich wieder die bedauerliche spanische Sucht, die Vorbilder in den anderen Ländern zu suchen und dabei außer Acht zu lassen, ob denn auch diese Methoden in jenen Ländern schon erprobt sind. Bekanntlich waren lange Zeit die deutschen Arbeiterorganisationen für viele ein Vorbild.

Die Feuerprobe, die sie nicht bestanden haben, zeigte erst die Fehler.

Für Spanien gilt es ganz andere Dinge zu überlegen, als Ausschau nach unerprobten Organisationen in anderen Ländern zu halten. Viel wichtiger ist es, mit gründlichem Denken selber an dem Aufbau der Organisation unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse zu arbeiten, die schon geprüften Organisationen sich anzusehen, und die Fehler zu vermeiden. Und da können die spanischen Genossen unendlich viel von den deutschen Erfahrungen lernen. Leider haben sie sie in ihren Kongressen kaum erwähnt.

In Spanien gilt es, die riesigen Massen, die heute noch hinter den Syndikalisten stehen oder längst, angeekelt durch die häßlichen Bruderkämpfe, sich in autonome Gewerkschaften zusammengeschlossen haben, zu vereinigen. Von diesem Gesichtspunkt aus muß die Organisationsfrage der UGT gelöst werden. Wenn diese Vereinigung nicht gelingt, dann wird in einem Entscheidungskampf ein Teil des Proletariats unfreiwilliger Helfer der Reaktion sein.

Die englische Regierung zur Abrüstung.

Das englische Kabinett verhandelte am Montag über die bevorstehende Sitzung des Ausschusses der Abrüstungskonferenz und über die Möglichkeit der Hinzuziehung Deutschlands. Der neue französische Plan wurde noch nicht erörtert.

Der englische Kriegsminister, Lord Haldane, erklärte in einer Rede, England habe seine Territorialarmee bereits so weit herabgesetzt, wie es mit der Sicherheit vereinbar sei. Haldane wies dabei die Ansicht zurück, daß Tanks Angriffswaffen seien.

Aus dem englischen Luftfahrtministerium wurde vor einigen Tagen erklärt, die englische Luftflotte dürfe nicht länger an fünfter Stelle stehen!

Mit anderen Worten: England ist zwar für Abrüstungsverhandlungen, aber nicht für die Abrüstung.

Japanischer Aufrüstungsplan.

Zur Ergänzung des Londoner Flottenvertrages von 1930 hat die japanische Admiralität ein neues Marinebauprogramm ausgearbeitet, daß u. a. den Bau von 16 neuen Kriegsschiffen bis Ende 1936 vorsieht.

Noch drei Jahre Krieg in der Mandschurei?

Der politische Berater des japanischen Kriegsministeriums, Tschü, teilte der japanischen Presse mit, daß die Unterdrückung des „Bandenwesens“ noch drei bis vier Jahre in Anspruch nehmen würde.

Französische, englische, japanische und amerikanische Kriegsschiffe sind im Hafen von Tschifu gelandet, um die in Schantung lebenden Ausländer vor den Folgen des Bürgerkrieges zu beschützen.

Bombenanschläge in Schanghai.

Die japanische Handelskammer in Schanghai hat dem Bürgermeister der Stadt mitgeteilt, daß wiederholt Bombenanschläge gegen japanische Geschäfte oder Geschäfte, die mit japanischen Waren handeln, verübt würden. Allein im September seien 800 solcher Anschläge vorgekommen! Die Handelskammer würde die japanische Regierung um Schutz bitten, falls die chinesischen Behörden nicht einschritten.

22 Chinesen wurden in der französischen Niederlassung Schanghai verhaftet. Sie sollen ein Attentat vorgehabt haben.

Herriot in Spanien.

Ueber den eigentlichen Zweck der Reise Herriots nach Spanien können bisher nur Vermutungen angestellt werden.

Herriot wurde an der spanischen Grenze begeistert empfangen. In Madrid wurde der Jubel sehr gedämpft durch die Kundgebungen von Studenten, die mit den Rufen: „Tod für Herriot! Nieder mit dem Imperialismus, wir wollen keine Kriege!“ durch die Straßen zogen.

Englische Antwort auf De Valeras Forderungen.

Die Forderungen De Valeras, die sich auf die Ueberbesteuerung Irlands durch England und auf die irischen Verluste durch Aufgabe der Goldwährung in England beziehen, wurden von England zurückgewiesen. Es erkennt aber an, daß die irische Regierung Reparationen aus dem englischen Straßenschatz habe. Die Höhe der Summe soll durch ein Schiedsgericht bestimmt werden.

Präsidentenwahl in Chile.

Am Sonntag fanden in Chile die Präsidentenwahlen statt. Alessandri erhielt die zur Wahl erforderliche absolute Mehrheit. Für ihn wurden 174 000 Stimmen abgegeben. Für General Grove, der nach seinem misglückten Putsch wieder aus der Verbannung zurückgekehrt ist, 59 000 Stimmen. Drei weitere Kandidaten erhielten zusammen rund 85 000 Stimmen.

Staatssekretär a. D. Dr. Trendelenburg ist zum deutschen Untergeneralsekretär des Völkerbundes ernannt worden. Er erhält die Oberleitung über die Finanz- und Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes.

Der Plan zur „Sicherung des Friedens“.

Der französische Plan verlangt im wesentlichen:

1. Einführung der Militärdienstpflicht und Abschaffung der Berufsarmee. Dies bezieht sich hauptsächlich auf Deutschland.

2. Bestätigung der durch den Versailler Vertrag gezogenen Grenzen durch neue Abkommen.

3. Abrüstung unter internationaler Kontrolle. Obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit. Schaffung einer internationalen Armee.

Der Plan bezieht sich fast lediglich auf Europa, vielleicht sogar nur auf den europäischen Kontinent.

In allen Ländern war man grundsätzlich zunächst mit ihm einverstanden, weil jeder sich herausuchte, was ihm paßte.

Die Militärdienstpflicht.

In Deutschland gründete sich die Befriedigung auf die Einführung der Militärdienstpflicht. Wir haben im „Funken“ (Nr. 213) nachgewiesen, inwiefern die Militärdienstpflicht nicht zur Sicherung des Friedens beiträgt. In England ist zudem die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht fast ausgeschlossen.

Die Grenzen.

Das Herriot-Sicherheitsprogramm für die Unverletzbarkeit der Grenzen fordert, erscheint selbstverständlich. Eine andere Frage ist es, ob neue Verträge zwischen Kapitalisten besser sein würden als die bereits unterzeichneten.

Die englische Regierung ist denn auch nicht bereit, für die deutsche Ostgrenze eine ähnliche Garantie zu übernehmen, wie sie sie für die Westgrenze in Locarno übernommen hat.

Die Vereinigten Staaten scheinen im Prinzip der Uebernahme von Garantien nicht abgeneigt zu sein; sie wollen aber keine Truppen nach Europa schicken und auch wirtschaftliche und sonstige Boykottmaßnahmen nur erwägen.

Sicherheit und Abrüstung.

Hierher gehört die Resolution, die als Grundlage für das jüngste Vertrauensvotum gedient hat. Die Regierung wird darin verpflichtet, einzutreten: 1. für die Anerkennung der Grundsätze der Völkerbundsverträge, 2. für die kontrollierte allgemeine Verringerung der Rüstungen und Vergrößerung

der Macht des Völkerbundes, 3. für das Verbot der privaten Produktion von Waffen und für Kontrolle der Produktion und des Handels von Kriegsmaterial in allen Ländern.

Und die Verwirklichung? Weder die englische noch die amerikanische Regierung würden z. B. die private Produktion von Waffen verbieten oder einer internationalen Kommission das Kontrollrecht über Rüstungen und Rüstungsfabrikation einräumen.

Die Anerkennung internationaler Schiedssprüche, die Herriot fordert, ist eine notwendige Bedingung für einen rechtlichen Verkehr unter den Staaten.

Schließlich erscheint auch die internationale Armee in dem Plan. Sie erscheint in einem europäischen Kleide, in der Form eines freiwilligen Regionalabkommens, in dem die angeschlossenen Staaten einen Teil ihrer Armeen zur Unterstützung eines angegriffenen Staates bereitstellen. Aus einer Erklärung, die Herriot vor der Presse abgegeben hat, geht hervor, daß er

Rußland nicht zum europäischen Festland

rechnet. Dadurch bekäme aber dieser verkleinerte europäische Völkerbund leicht den Charakter eines Bündnisses gegen Rußland. Die deutsche Regierung ist, die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung vorausgesetzt, mit diesem Teil des Planes einverstanden.

Wann wird der Plan in die Tat umgesetzt? So läßt die Forderung der Militärdienstpflicht als einziger Punkt heraus, der klar ist und (leider) auch Aussicht hat verwirklicht zu werden. — so z. B. die Frage der Abrüstung. — Der Teil des Planes und vor allem die Resolution der französischen Kammer, die wirklich zur Sicherung des Friedens beitragen, ist der Verwirklichung fern.

Jährliche Rüstungsausgaben der Großmächte.

	In Millionen Dollar	
	1915	1931
Deutschland	465	170
Frankreich	348	455
Großbritannien	375	495
Italien	179	258
Vereinigte Staaten	244	727
Diese fünf Staaten zusammen:	1611	2045

(Nach Angaben des Reichsarbeitsministeriums.)

Kampf um die Freiheit der Wissenschaft.

Tagung republikanischer Hochschullehrer.

Der „Weimarer Kreis“, eine überparteiliche Vereinigung republikanischer Hochschullehrer, versammelte sich in Leipzig zu einer Reichstagung. Die anständige Gesinnung, die sich in dem Festhalten an der Republik auch heute noch, trotz schlechter Konjunktur, zeigt, wird leider begleitet von einem anscheinend hoffnungslos unbeherrschbaren Optimismus und einer ebenso hoffnungslosen Wirklichkeitsferne. Oder wie soll man Aussprüche, wie diesen, anders erklären:

„... es ist unrichtig, zu glauben, man könne in Deutschland Autorität ohne Demokratie herstellen.“

Autorität ohne Demokratie erleben wir im Augenblick ziemlich rein, und die Monarchie und die Kirche bewiesen und bewiesen uns die von den Professoren für unmöglich gehaltene Tatsache. Man kann geradezu, wenn man, wie die „Weimarer Kreis-Professoren“ offenbar, Demokratie und Freiheit der Forschung, der Lehre und der Presse für das gleiche hält, sagen: Es ist unrichtig, zu glauben, man könne Demokratie (also Freiheit der Forschung) herstellen, ohne die Autorität, und zwar jede, zum Teufel zu jagen!

Studenten und Professoren lobten einmütig das geplante sogenannte akademische Werkjahr ab.

In einer Entschliessung forderte man Freiheit der Forschung, der Lehre und der Presse. Leider ist nichts bekannt geworden, über einen aktiven Protest gegen die Verletzung der Freiheit der Lehre im Falle Gumbel. Auch hierin wird offenbar: Ein rein akademischer Verein mit akademischer Art, das Leben meistern zu wollen — in der Art, etwa, wie Professor Palmström, von dem sein Freund berichtet: „Daraus schließt er messerscharf, daß nicht sein kann, was nicht sein darf.“

Erfreuliche Schritte zur Völkerverständigung.

Der Bericht der schwedischen Arbeiter-Bildungs-Vereinigung über die Unterrichtsperiode 1931/32 weiß von einer großen Zunahme der Sprachkurse zu melden, wobei bemerkenswert ist, das Esperanto zum ersten Mal die erste Stelle einnimmt. Die Zahlen darüber sind die folgenden:

Sprache:	1930/31	1931/32
Esperanto	299	432
Englisch	303	344
Deutsch	89	116
Französisch	4	9
Russisch	1	1

Der Distrikt Värmland des schwedischen Verbandes der Papierindustriearbeiter hat einen Ausschuss eingesetzt, der mit der Aufgabe betraut war, Esperantokurse für Mitglieder des Verbandes einzurichten. Das Ergebnis der Bemühungen dieses Ausschusses waren 14 Kurse in 10 Orten.

Kameradschaft.

Von einer unserer jüngsten (zehnjährigen) Lesungen erhalten wir die folgende Beschreibung des Films: „Kameradschaft“.

Es wurde am Sonntag in der Kamera, Unter den Linden, der Film „Kameradschaft“ gespielt. Ich mit meinem Vater ging dort hin. Der Film handelte von Bergleuten, die in Frankreich Kohlen gruben und ein Unglück erlitten. Es wurden 800 Mann verschüttet. Das erfuhren die deutschen Bergarbeiter. Einer der deutschen Bergarbeiter sagte: „Wir müssen den französischen Bergarbeitern helfen: Wir müssen eine Rettungskolonie bilden.“ Es weigerten sich erst alle, dann traten einige zu dem, der die anderen retten wollte. Und so wurden es immer mehr. Dann setzten sie sogar durch, daß der Vorstand es ihnen erlaubte und ihnen Ausrüstung gab. Das fand ich gerade so schön, daß die deutschen Bergarbeiter den französischen Bergarbeitern so hilfsbereit gegenüberstanden. Diese deutschen Kumpels fuhren dann mit Lastautos nach Frankreich. Die Frauen der deutschen Kumpels waren sehr betrübt, aber sie sahen ein, daß den französischen Kumpels doch geholfen werden muß. Dann sollten sie wieder nicht

über die Grenze, aber sie fuhren einfach durch. Da wollten die Grenzposten nach ihnen schießen. Am Bergwerk waren viele Mütter und wollten herein. Ein Samaritaner kam herein, an dieses hingte sich ein alter Mann an. Dessen Enkel war in dem Schacht verschüttet. Der alte Mann nahm sich eine Laterne und kletterte auf einer Leiter in den Schacht. Es waren viele Pfützen von Grundwasser, da durch mußte der Alte. Er fand nachher seinen Enkel George. Mit ihm lief er nun herum, bis er im Schacht einen Wagen mit Heu fand, dann machte er mit George Atemübungen. Die deutschen Bergarbeiter, die in Deutschland geblieben waren, fanden es dann nicht mit nach Frankreich gefahren zu sein. Sie gingen an der Erde entlang, da kamen sie an die Grenze, die das französische und deutsche Bergwerk abgrenzte. Diese Grenze durchbrachen sie. Da rief ein Mann, der dicht bei mir saß: „Es lebe die deutsche und französische Verständigung.“ Das meine ich auch. Die Deutschen retteten dann die französischen Bergarbeiter. Dann wurde noch ein großes Fest gefeiert. Wo die französischen Kumpels ihren Dank aussprachen. Ich wünsche, daß sich alle Völker vereinigen und sich gegenseitig helfen.
Kate Grob

General-Statistik.

In der mexikanischen Bundesarmee gibt es 397 Generale, 5000 andere Offiziere und 44 000 gemeine Soldaten. Auf jeden General kommen also 20 Offiziere und 110 Soldaten.

Damit überläßt Mexiko den Rekord in der Zahl der Generale unbedingt der Negerrepublik Haiti, wo vor einigen Jahren die folgenden offiziellen Zahlen über die Armee veröffentlicht wurden: 6500 Divisionsgeneräle, 7000 Regimentsoffiziere, 6500 Soldaten. Vielleicht sind einige der Generale außer Dienst; wenn das jedoch nicht der Fall ist, dann hat jeder Divisionsgeneral Befehl über einen Soldaten und ein und ein Dutzend Regimentsoffiziere.

Aber sogar diese Zahl würde manch zynischer Kriegsgeschichtsforscher für zu groß halten, als daß einige europäische Generale damit fertig werden könnten.

(„Manchester Guardian.“)

Von Betrieb und Stempelstelle. Erfolgreiche Streiks.

Bei der Konkordia-Spinnerei und Weberei in Bunzlau ist der Streik beendet worden. Die Arbeit wurde unter un... ändernten Bedingungen in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Streik im Messingwerk Asten und Lüne in Stolberg erfolgreich beendet. Im Januar wurde das Werk stillgelegt. Nach Wiederaufnahme der Arbeit wurden alle Zulagen, soweit sie nicht im Tarifvertrag festgelegt waren, gestrichen.

Nun wurde durch Verhandlungen der Gewerkschaften der Streik beigelegt. Es kam zwischen den Parteien zu einer Einigung, nach der die Belegschaft spätestens bis zum 2. November wieder vollständig eingestellt werden muß.

Passive Resistenz führt zu Erfolg bei N. Israel in Berlin.

Ueber einen Konflikt im Kaufhaus N. Israel in Berlin gibt der Gesamtverband folgenden Bericht:

„Am 20. Oktober wurde dem gesamten gewerblichen Personal durch einen Anschlag am schwarzen Brett mitgeteilt, daß die übertariflichen Löhne sofort um die Hälfte gekürzt und ab 1. Januar gänzlich fortfallen sollen und auch keine Weihnachtsgratifikation mehr gewährt werden soll.“

Dieser ganze Konflikt... hätte vermieden werden können, wenn der Berater der Firma nicht so willkürlich und einseitig über die Interessenvertretung der Belegschaft hinweg derartige Maßnahmen getroffen hätte, wie es leider geschehen ist.“

Wir freuen uns, endlich wieder einmal etwas Erfreuliches vom Gesamtverband berichten zu können.

Streik bei den bayerischen Motorenwerken in München beigelegt. Die Arbeit ist sofort wieder aufgenommen worden. Ueber die Bedingungen der Wiederaufnahme der Arbeit ist noch nichts Näheres bekannt.

Pflichtarbeiter erzwingen durch Streik Winterhilfe!

In Altona in Westfalen haben die Erwerbslosen durch Streik gegen die Pflichtarbeit unter anderem die Zubilligung von 10 Zentnern Kohlen und 2 Zentnern Kartoffeln für jedes Familienmitglied erkämpft.

Auch im Lippeland haben die Erwerbslosen durch Pflichtarbeiterstreik, Lichtstreik, Mieterstreik und Schulstreik für 28 Gemeinden den Abbau der Unterstützungen abgewehrt und in einigen Gemeinden die Lieferung von Holz und Kohlen und die Verbilligung des Wasser- und Gaspreises und des elektrischen Stromes durchgesetzt.

Die Pflichtarbeiter in Kettwig an der Ruhr erzwingen durch Streik die verbilligte Lieferung von Kohlen und Kartoffeln von der Gemeinde. Außerdem erhalten sie Licht und Wasser zum Selbstkostenpreis; die Mieten wurden um 10 Prozent gesenkt und die Vertretung der Erwerbslosen von der Stadtverwaltung anerkannt.

In Fürstenwalde an der Spree erkämpften die Pflichtarbeiter gleicherweise die Lieferung von 10 Zentnern Kohlen an Verheiratete und von 5 Zentnern an Ledige.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eibler, Berlin. Anzeigen: R. Libmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janjzewski, Buchdruckerel und Verlag GmbH, Berlin SO 36 Elisabethufer 28/29.

Kein neues Monteurabkommen für die bayerische Metallindustrie. Vom stellvertretenden Landeschlichter waren im Streit über den Neuabschluß des Monteurabkommens bei der bayerischen Metallindustrie zwei Schiedssprüche ergangen, wodurch das geltende Abkommen mit Abänderungen wieder in Kraft gesetzt werden sollte.

Aus dem „Hohen Haus“ der Demokratie.

Gereizte Stimmung in den Cortes.

Die Zeitungen bringen jetzt in immer kürzeren Perioden Blütenlesen von den Formen, in denen die Auserwählten des souveränen Volkes verkehren. Die aufgeklebte Anstandsmaße fällt in der Hitze des Wortgefechts und enthüllt die mit dem Schleier der Toleranz umgebene Despotenecke.

Eine sozialdemokratische Abgeordnete beklagte sich im Parlament, daß in der Provinz Badajoz die Arbeitgeber die Arbeitsverträge nicht erfüllten, sodaß durch ihre Schuld Arbeiter verhungern.

Ein den Kommunisten nahestehender Abgeordneter wendet ein, daß doch drei Sozialdemokraten Minister seien (einer sogar Arbeitsminister), und daß es deren Sache sei, hier einzuschreiten.

Was er dann noch sagte, ging in einer Flut von Schimpfworten unter. Mehrere Abgeordnete drangen zu seinem Sitz vor und machten Miene, ihn tätlich anzugreifen. Der Abgeordnete saß völlig ruhig auf seinem Platz und verzog keine Miene.

Der Abgeordnete war völlig in seinem Recht; an wen soll die Klage im Parlament sich denn richten, wenn nicht an die zuständigen Minister? Wenn diese nicht die Macht dazu haben, Vorfälle, wie die von dem sozialdemokratischen Abgeordneten erwähnt, zu verhindern, dann sollen sie es offen sagen und abtreten, um von außen für die Eroberung der Macht zu kämpfen.

Demokratie - Diktatur - Führerschaft.

(Die Lehren der deutschen Revolution.)

Öffentliche Diskussion im großen Saal der „Sophiensäle“, Sophienstraße 18, am Donnerstag, dem 3. November, 20 Uhr.

Als Diskussionsredner sind bisher gemeldet:

- Heinrich Brandler (KPD-O), Willi Eichler (ISK), Karl Emonts (SPD), Hugo Urbahns (Leninbund).

Das einleitende Referat hält Maria Hodann (ISK).

Eintritt 20 Pfg. Für Erwerbslose 10 Pfg.

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund. Ortsverein Berlin.

BRUNO GLUCHOWSKI HOHLEN-KULIS REVOLTE AN DER RUHR (18) COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 13

Jupps Hände zittern. „So jung und denn schon — — Das ist ja fürchterlich.“ „Fürchterlich? Ja, das meinen wir, Kumpel. Die anderen fragen nicht danach, ob man neunzehn Jahre ist oder siebzig.“

„Ja, hätt, hätt. Jetzt is aber Schluß damit, jetzt bin ich fertig mit der Welt. Hätt ich mein Bein im Krieg verloren, wo ich als siebzehnjähriger Junge eingezogen war, dann war's nicht schlimm.“

mit elektrischem Strom, wo die Krankheit sitzt. Wenn er dann nach anderthalb oder zwei Stunden raufkommt, ist er fertig, weint er wie so 'n kleines Kind. Und ob die Quälerei noch einen Zweck hat, ob er überhaupt wieder gesund wird, das ist die Frage.

Lehren des Berliner „Krafttag“-Streiks.

R. H. Woran ist der Berliner „Krafttag“-Streik gescheitert? Darauf gibt ein Flugblatt der zentralen Streikleitung folgende Antwort (die Streikleitung bestand aus Kollegen vom Gesamtverband, von der RGO und der NSBO):

„Vom ersten Tage an unternahm die Gewerkschaftsführung und die reformistischen Betriebsräte alles, um den geschlossenen Streik abzuwürgen. Bredow im Depot SC, Nolte im Depot G erklärten auf Anweisung von Hesse (dem Obmann des Betriebsrats): wer nicht fährt, wird entlassen! ... Trotz dieser Gemeinheiten blieb der größte Teil der Gesamtverbänder, besonders im Depot SC, in der geschlossenen Streikfront. Man muß bedenken, daß der Benzintarifvertrag, gegen den die Belegschaft schon zwei Tage (seit Freitag der Vorwoche) im Streik stand, erst am Montag von der Gesamtverbandsbürokratie unterzeichnet wurde. ... Ein großer Teil der Nazikollegen verharrete, entgegen dem Befehl der NSBO-Leitung und der Zersetzungsarbeit ihrer Parteigenossen Haupt und Kinder, im Depot W, im Streik. — Die Polizei setzte mit jedem Tag schärfer und brutaler mit ihrem Terror ein. Am Donnerstag wurden im Depot W die RGO-Betriebsräte Brocke und Maefz verhaftet. Am Freitag früh setzte dann die Polizei mit Massenterror ein. Unsere ... Streikposten wurden verhaftet und auseinandergeknüpelt. ... Unermüdlich waren die Erwerbslosen in der Unterstützung unseres Kampfes tätig.“

Wir haben leider die hier gegebene Darstellung vom Verhalten des Gesamtverbandes bei unseren Nachforschungen als richtig feststellen müssen. Allerdings war der Gesamtverband durch Abschluß eines Tarifvertrages gesetzlich gebunden; besser: er hatte sich selber die Hände unnötig gebunden, indem er in einer nur schwach besuchten Mitglieder-Versammlung in großer Eile die Annahme eines neuen Tarifs durchsetzte. Selbst nachdem dies nun einmal geschehen war, war der Gesamtverband keineswegs gezwungen, aktiv die Niederwerfung des Streiks zu betreiben. Das hat er aber getan, indem er z. B. Mitgliedern, die entgegen seiner Parole weiterstreikten, Maßregelungen androhte. Der Gesamtverband hätte dem Streik nur zuzusehen brauchen; denn die meisten seiner Mitglieder waren nach wie vor zum Streik bereit.

Die aktive Streikarbeit lag unter diesen Umständen vor allem in den Händen der RGO, die zunächst die bereitwillige Hilfe der Freigewerkschafter, der Unorganisierten und auch der Nazis fand. Als aber infolge des Verhaltens der Gesamtverbandsleitung die Unterstützung des Streiks durch die Gesamtverbands-Kollegen nachließ, als dann natürlich die Nazis rasch abfielen, da reichten die Kräfte der RGO nicht mehr aus, um die notwendige enge Verbindung zwischen den einzelnen Berliner Depots aufrechtzuerhalten. So konnten die Unternehmer bei einzelnen, zermürbten Depots ansetzen und dann Schritt um Schritt die ganze Streikfront aufröhlen.

Gewerkschaftsbewegung in Syrien.

(IGB) Die größte und am besten organisierte Gewerkschaft ist die der Typographen in Beirut; daneben gibt es ziemlich starke Organisationen unter den Chauffeuren, den Trambahngestellten und den Arbeitern der Elektrizitätswerke.

Auch hier zeigt sich somit — wie dies auch in Europa der Fall war — daß die höher qualifizierten Berufe die Pionierarbeit verrichten

und damit die ganze Bewegung in Gang bringen. Allein in Beirut sind 120 Typographen organisiert; ihr Verband gibt von Zeit zu Zeit Publikationen heraus, unterhält einen Arbeitsnachweis und setzt sich bei der Regierung energisch für Sozialgesetze ein. Die Organisation der Chauffeure, die zur Zeit im Begriffe ist, eigene Versicherungskassen zu errichten, zählt 630 Mitglieder. Die Organisation der Tramangestellten von Damaskus erlachte zeitweilig die Mehrheit der in ihrem Berufe beschäftigten Arbeiter. Da die industrielle Entwicklung in Syrien sehr schnelle Fortschritte macht, ist damit zu rechnen, daß sich auch die Gewerkschaftsbewegung in Zukunft schneller entwickeln wird.

Porzellanarbeiter und Tuberkulose.

A. Kl. Das „Zentralblatt für Gewerbehygiene“ hat kürzlich folgende Angaben über den Gesundheitszustand der Porzellanarbeiter gemacht:

„Bei den Porzellanarbeitern bildet sich sehr rasch die sogenannte Staublunge (Silikose), die an sich noch nicht tuberkulös ist, aber in den meisten Fällen zur Tuberkulose führt. Nicht alle Sparten der Porzellanarbeiter sind gleich gefährdet. Nach umfassenden Feststellungen, denen die Untersuchungen von 1339 Arbeitern zu Grunde lagen, waren an Silikose erkrankt:

Verputzer	57 %
Dreher	51 %
Garnierer	47 %
Former	42 %
Masemüller	24 %
Kapseldreher	17 %
Glasierer	15 %
Brenner	9 %

Eine Statistik der Stadt Selb (Bayern) zeigt ferner, wie stark die Gefährdung der Porzellanarbeiter durch Tuberkulose ist; dort wohnen besonders viele Porzellanarbeiter, und sie hat dreimal so viel Tuberkulose-Kranke wie das übrige Bayern.

Diese Gefährdung der Porzellanarbeiter könnte durch großzügige Schutzmaßnahmen (kürzere Arbeitszeit, mehr Ferien, Atemgymnastik) gewiß ausgeglichen werden. Aber das geschieht nicht in einer Wirtschaftsordnung, in der die Menschen im wesentlichen Ausbeutungsobjekte sind.

Noch ein Prozeß um Kreuger:

wegen „Schädigung durch Selbstmord“.

Der Rattenkönig der Prozesse um Kreugers Nachlaß und Schulden umfaßt nach „Allehanda“ auch einen merkwürdigen Prozeß zwischen der Kreugerschen Konkursverwaltung und einem deutschen Verlag über die Herausgabe eines Buches über Ivar Kreuger. Der deutsche Verlag sollte bereits vor längerer Zeit ein von einem deutschen Journalisten Singer verfaßtes und von Ivar Kreuger autorisiertes Buch über den Zündholzkönig herausbringen. Nach Ansicht der schwedischen Zeitung war das Buch zur Reklame für Ivar Kreuger bestimmt, um die Kurse in die Höhe zu treiben. Kreuger schob jedoch die Herausgabe des Buches hinaus und bezahlte dem Verlag dafür bedeutende Summen. Der Verlag forderte seinerseits von der Konkursverwaltung 70 000 Mark, weil der Selbstmord von Kreuger die Veröffentlichung des Buches nun unmöglich machte.

Der RGO fehlte es also an einer breiten Organisation geschulter Gewerkschafter, einer Organisation, wie die Freien Gewerkschaften sie zweifellos darstellen.

Zweierlei gilt es also auszumerken: den kampfscheuen und kompromißbereiten Reformismus, der sich noch heute oft in den Reihen der Freien Gewerkschaften breit macht, und die Einspannung vieler kampfbereiter Kollegen in eine parteitaktisch ausgesonnene Sondergewerkschaftsbewegung, wie die RGO sie darstellt, die jene kampfeswilligen Kräfte nur von den Massen isoliert, statt diese durch jene mit Kampfeswillen zu „infizieren“.

Der RGO-Streik bei Tietz in Köln.

P. M. (Köln). Nachdem bei der Firma Tietz ein Lohnabbau von 10 Prozent angekündigt, dann aber durch einen Schiedsspruch auf 4 bis 6 Prozent herabgesetzt worden war, erklärten sich die Gewerkschaften (ZdA) mit diesem Lohnabbau einverstanden. Die RGO aber versuchte, einen Kampf auch gegen diesen Lohnabbau zu inszenieren. Es wurde ein Kampfausschuß gewählt, der aus zwei Freigewerkschaftern, einigen RGO-Leuten und einigen NSBO-Leuten bestand. Diese Kollegen sind am 21. Oktober fristlos entlassen worden. Hierauf berief die RGO eine Betriebsversammlung ein, in der an erster Stelle gegen den Lohnabbau von 5 Prozent und gegen die fristlose Entlassung der Kampfausschuß-Kollegen Stellung genommen wurde. In der Versammlung waren von rund 3000 Beschäftigten etwa 700 erschienen. Der Hinweis eines Kollegen auf die Unmöglichkeit eines erfolgreichen Streiks, da doch nur wenige vom Hauptgeschäft der Tietz AG anwesend seien und da es gerade auf das Hauptgeschäft ankomme, wurde mit Lachen beantwortet. So kam es zu einer fast einstimmigen Annahme (700 gegen 4 Stimmen!) einer Streikresolution. Der Streik sollte am 25. Oktober einsetzen. Trotz der überaus guten und aufopfernden Arbeit der Erwerbslosen ist es nicht zu einem Streik gekommen. Am frühen Vormittag waren etwa 300 bis 400 Kollegen nicht an ihren Arbeitsplätzen, das entspricht etwa 10 Prozent der Belegschaft. Aber schon am Nachmittag waren nur noch ganz wenige draußen. Die Streikposten wurden schon sehr früh von der Polizei verjagt und zum Teil verhaftet. Am meisten wurde die Expedition bestreikt; die Streikbrecher wagten sich mit ihren Wagen und Autos nicht auf die Straße. Doch auch hier wurde mit Hilfe der Polizei schnell eine Lösung gefunden. Jeder Fahrer erhielt einen Schupo auf den Führersitz oder den Kutscherbock, und dann ging's ab durch lange Ketten von Schupos, die mit Karabinern auf den gefährlichsten Straßen massenhaft aufgestellt waren. Einige Fahrer wollten nicht mit einem Schupo ausfahren, aber auch für diese gab es in den Ställen Arbeit, so daß es fast gar nicht zu nennenswertem Widerstand gekommen ist. Am 26. Oktober wurde zur allgemeinen Empörung die ganze Streikleitung verhaftet.

Lehrreich und wichtig ist folgendes:

1. Für die Freien Gewerkschaften. Es herrschte eine außergewöhnlich scharfe Stimmung gegen den Lohnabbau.

Beweis: die erste vom Betriebsrat einberufene Belegschaftsversammlung verlief derart, daß der Betriebsratsvorsitzende Streik selber sagte:

„Die Betriebsversammlung stand völlig im Zeichen der Opposition. Wir waren nicht in der Lage, unseren Einfluß geltend zu machen. Wenn einer es gewagt hätte, gegen den

Zwei Dinge müssen vereinigt werden, wenn die Gewerkschaftsbewegung gut arbeiten soll: der Kampfesmut vieler RGO-Kollegen mit der gut organisierten breiten Massenbasis der Freien Gewerkschaften.

Die Vereinigung aller dieser notwendigen Faktoren ist nur möglich bei Aufgabe der bisherigen RGO-Politik und durch Eintritt der RGO-Kollegen in die Freien Gewerkschaften.

Die Aufgabe dieser Gewerkschaftskollegen darf jedoch dann nicht darin gesehen werden, nun eine organisierte Opposition im Sinne einer Fraktion innerhalb der FG zu bilden, wodurch nur wieder berechtigte Gründe für Ausschüsse geschaffen würden, sondern

in loyaler Mitarbeit im Sinne der in den Statuten niedergelegten gewerkschaftlichen Kampfziele.

Willen der Versammlung zu sprechen, wäre er Gefahr gelaufen, gesteinigt zu werden.“

Die Belegschaftsversammlung der RGO war immerhin von 700 Streikwilligen besucht. Einzusehen, daß die Belegschaft so kampfesmutig ist und dann der RGO das Feld zu überlassen, ist eine unbeschreibliche Dummheit.

2. Für die RGO. Die Niederlage bei Tietz hatte zur Folge, daß eine von der RGO zum 28. Oktober einberufene Versammlung von nur zehn Kollegen besucht war, die dann wieder nach Hause gingen! So gering ist der Einfluß der RGO geworden. Die kommunistischen Kollegen sollten endlich einsehen, daß eine getrennte Aktion unmöglich und zum Scheitern verurteilt ist, und daß sie besser taten, durch kollegiale Mitarbeit innerhalb der Freien Gewerkschaften für aktiveren Kampf um die gemeinsamen gewerkschaftlichen Ziele zu kämpfen.

Der Streik bei Stübgen & Co. in Erfurt.

E. H. (Erfurt). Die Schlosser der Lampenfabrik Stübgen & Co. (Erfurt) stehen jetzt fünf Wochen im Streik. Die Kampfkraft und die Solidarität dieser 28 Arbeiter ist noch ungebrochen, obgleich sie von Seiten ihrer Gewerkschaft auf Grund der einstweiligen Verfügung keine Unterstützung in ihrem Streik erwarten können und obgleich ihr Betriebsratsmitglied, welches bis Mitte vergangener Woche im Betrieb gearbeitet hatte, fristlos entlassen worden ist.

Folgende Vorgänge führten zur Entlassung dieses Betriebsrats: Die Firma konnte mit ihren Ingenieuren und Meistern anscheinend doch nicht alle Werkzeuge herstellen, die sie für ihre Laternenfabrikation braucht. Auch der Versuch der Firma, über ihre Unterfirma Fledermaus AG, die sich mit Herstellung patentierter Maschinen befaßt, Schlosser zu engagieren, schlug fehl, da die Streikenden rechtzeitig auf dem Arbeitsamt und in der Gewerkschaft vor dieser Streikbrucharbeit warnten. Die Firma Stübgen ging daraufhin dazu über, Werkzeuge von auswärtigen Spezialfirmen (z. B. in Aue in Sachsen) herstellen zu lassen. Aber die Arbeiter in den auswärtigen Fabriken verweigerten die Arbeit für Stübgen & Co., da sie von dem Streik der Schlosser erfahren hatten. Die Firma Stübgen behauptete nun, daß nur der Betriebsrat der Schlosser die Benachrichtigung der auswärtigen Arbeiter vorgenommen haben könne. Gestützt auf die einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichts, wonach der Streik und die Unterstützung des Streiks verboten ist, entließ die Firma den Betriebsrat fristlos. Der Entlassene hat Klage beim Arbeitsgericht eingereicht.

Gegen die einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichtes gegen den DMV, die vor etwa vier Wochen erlassen wurde, hatte der DMV Berufung eingelegt. Anscheinend hat es aber die Berufungsinstantz (Landesarbeitsamt) mit einem Termin nicht so sehr eilig, denn bis jetzt fanden noch keine Verhandlungen vor dem Landesarbeitsamt statt.

Ersiklassige Maßarbeit
Herren-Anzüge, Mäntel, Kostüme
Damen-Mäntel, Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
Johannisbergstr. 10, III.
Stoffmuster vorrätig.

Das Haus der guten Schule
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorz. d. Inserates 5 % Rabatt!

Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Freunde und Leser des „Funken“!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werkt Abonnement! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen
Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammler, F 1 Moritzplatz 8471

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. **Spezialität:**

Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

Die neuen **Stoffmusterkolektionen** für Herbst und Winter sind eingetroffen. Bestellen Sie schon jetzt! Arbeit nach Maß! / Preis mit Maß!
Rudolf Schönheit, Herren- u. Damenmoden
Magdeburg, jetzt Johannisbergstraße 10, III.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987
Ab 28. Oktober:
Die off. Uraufführung des Sowkino-Films: **„Waldmensch“**
Regie: Alex Lifwinow.
Beiprogramm: Uraufführung „Diamanten“, Neue Fassung „Fischinger“, Nr. 8, „Riesen des Urwaldes“, „Das Gesicht des Tieres“.
Anfangszeit: 18, 17, 19 und 21 Uhr.

Krieg den imperialistischen Kriegen!

Vox clamantis.
Betrachtungen über den Krieg und anderes von Ku Hung-ming.
107 Seiten. Broschiert 1,20 Mark.

Inhalts-Uebersicht: Die christlichen Kirchen und der Krieg. — Die moderne Erziehung und der Krieg. — Die modernen Zeitungen und der Krieg. — Japans Rechtfertigung. — Ehre oder Interessen? — Amerikanische Mentalität. — Stunden mit Konfuzius. — Und anderes.

Zu vielen Fragen, die für einen sozialistischen Kriegsgegner wichtig sind, findet man eine Antwort in diesem Buch des chinesischen Gelehrten und guten Europa-Kenners.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.
Postcheckkonto Berlin 818 42.

Wieder schwere politische Zusammenstöße.

Die ewige Nazi-Seuche.

Die Hamburger Polizeibehörde teilt mit: „Als in der vergangenen Nacht gegen 24 Uhr Angehörige des Reichsbanners, die von einer Zusammenkunft heimkehrten, durch den Kirchenweg gingen, traten aus einem Verkehrslokal der NSDAP Nationalsozialisten auf die Straße, und es kam zu Zusammenstößen, in deren Verlauf auch Schüsse abgegeben wurden. Der 22-jährige Nationalsozialist Zyranka erhielt einen Bauchschuß und mußte in ein Krankenhaus geschafft werden. Ob noch weitere Verletzungen zu verzeichnen sind, steht noch nicht fest. Einschreitende Polizeibeamte nahmen drei Personen fest, die jedoch mit aller Entschiedenheit bestreiten, an dem Zusammenstoß beteiligt gewesen zu sein. Waffen wurden bei ihnen nicht gefunden. In der Nacht gegen 1/2 2 Uhr wurden in der Mittelstraße drei Angehörige des Reichsbanners von etwa 15 Nationalsozialisten angefallen. Hierbei erlitt einer der Reichsbannerleute durch Schläge mit einer Radfahrkette erhebliche Schulterverletzungen. Als Polizeibeamte hinzueilten, flüchteten die Täter und entkamen.“

Schießerei wegen eines geplatzten Reifens.

Bei einer politischen Versammlung in Cork im irischen Freistaat kam es zu einer schweren Schießerei zwischen Anhängern De Valeras und des früheren Ministerpräsidenten Cosgrave. Die Ursache der Schießerei war der verstopfte Auspuff eines Kraftwagens, der plötzlich losknallte. Mehrere Personen zogen sofort Revolver. Dem ersten Schuß folgten bald andere und es entwickelte sich ein Kampf, der über drei Stunden dauerte. Später benutzten die Kämpfenden Eisenstangen, Hämmer und Gabeln als Waffen. Als die Polizei den Kampfplatz mit Hilfe von Gummiknütteln räumte, mußten 13 Verwundete fortgeschafft werden.

Autoritäre Stümperei.

Zur Erwägung von Gründen — zu spät.

Papens neue Verordnung zur Verbilligung der Verwaltung hat u. a. die Berliner Handelshochschule, die bisher dem Handelsministerium unterstand, dem Kultusministerium unterstellt. Ueber die Art, in der diese Maßnahme getroffen wurde, äußerte sich Professor Bonn, der Rektor der Handelshochschule, in einer Rede gelegentlich der Eröffnung des Wintersemesters folgendermaßen:

„Die Umstellung ist ohne unser Wissen erfolgt, und ohne daß uns Gelegenheit gegeben worden ist, unsere sachlichen Einwände geltend zu machen. Als wir, durch einen Zufall ins Bild gesetzt, diese Einwendungen vortragen konnten, wurde nicht etwa der Versuch gemacht, sie als nicht stichhaltig zurückzuweisen, sondern es wurde uns bedeutet, es sei zu spät.“

Richter-Deutsch.

In Sachen: Scherl gegen Goebbels.

Die einstweilige Verfügung wird mit der Maßgabe aufrecht erhalten, daß den Antraggegnern bei Vermeidung der daselbst angedrohten Strafe untersagt wird, Erklärungen — insbesondere in beleidigender, verunglimpfender oder der deutschen Meinung der Antragstellerin bezweifelnder Form — zu veröffentlichen oder zu verbreiten oder veröffentlichen oder verbreiten zu lassen, durch die wegen der politischen Haltung der Antragstellerin, oder um diese zu einer Aenderung ihrer Haltung zu veranlassen, ein tatsächlicher oder moralischer Druck auf die Leser oder Parteigenossen oder von solchen auf Dritte ausgeübt werden soll, die Zeitungen und Zeitschriften der Antragstellerin zu meiden, oder dieses Ziel auf andere Weise erreicht werden soll.“

Der „Opferbegriff“ bei Nazi-Schulmeistern.

SA und SS als pädagogische Vorbilder.

A. St. Der Hamburger Nazi-Lehrer-Bund ließ sich in einer Versammlung eine Rede halten (von einem Ministerialreferenten Schmidt aus Braunschweig) über „Die Schule im Dritten Reich“. Es hätte immer noch den Anschein, als ob die Lehrerschaft abseits der großen Geschichtsbühne stände, als ob sie immer noch nicht den Sinn des Blutvergießens er-

Wie drei Arbeiter ins Zuchthaus kamen!

Im „Funke“ vom 27. Oktober berichteten wir, daß die Große Strafkammer in Köslin drei Arbeiter wegen Landfriedensbruchs für

je zehn Jahre ins Zuchthaus

geschickt hat. Daß hier nicht nur die einseitig angewandten ungeheuren Strafen der Terror-Notverordnung unseren Protest verdienen, sondern daß außerdem das Gerichtsverfahren selber in einer ungläublichen Weise vor sich ging, entnehmen wir aus Mitteilungen, die uns der Verteidiger der Verurteilten, Rechtsanwalt Werner Salinger (Berlin), zur Verfügung stellt:

Er schildert zunächst den Sachverhalt, so, wie ihn das Gericht festgesetzt hat. Danach sind am 17. August in Bolgard auswärtige Nazi-Sturmtruppführer auf der Straße nicht nur mit „Heil Hitler!“, sondern auch mit „Rot Front!“ begrüßt worden. Sie kamen darauf mit Arbeitern in einen Wortwechsel, insbesondere mit dem Angeklagten Erich Maronde. Es kam aber nicht zu Tötlichkeiten, sondern Erich Maronde entfernte sich. Da kam sein Bruder Erwin, der dem Erich sehr ähnlich sieht, an den Nazis vorbei. Salinger schildert nun weiter:

„Der Nationalsozialist sprang auf Erwin Maronde zu mit den Worten: ‚Das ist er ja. Da erschollen Rufe: ‚Erwin Maronde wird geschlagen.‘ Darauf ging Erich wieder zurück und es entstand eine Keilerei zwischen Maronde und den beiden Nationalsozialisten, die in die Taschen faßten und erklärten: ‚Wir schießen jeden nieder, der sich uns nähert!‘ Inzwischen war eine Anzahl Genossen hinzugekommen und es hatten sich ebenfalls einige Nationalsozialisten angesammelt, auch zwei Polizeibeamte kamen hinzu. Auf Veranlassung des Genossen Zeemann wurden die beiden Nationalsozialisten nach Waffen durchsucht.

Die beiden Polizeibeamten haben übereinstimmend bekundet, daß Zeemann hierbei die Hände ausgebreitet, die Genossen zurückgehalten und ihnen gesagt hat, sie sollten stehen bleiben und nicht angreifen.

Darauf wurden die beiden Nationalsozialisten festgenommen und zur Wache gebracht. Der eine Polizeibeamte hat unter seinem Eide bekundet, daß er erklärt habe: ‚Wer an der Sache

beteiligt sei, zur Wache mitkommt.‘ Auf dem Wege zur Wache ging der eine Nationalsozialist anstatt links, wie der Weg zur Wache verlief, rechts. Er mußte zugeben . . . daß er gelaufen ist. Dann soll er wieder von einigen, die annahmen, daß er ausrücken wolle, geschlagen sein.

Bezüglich der Teilnahme der einzelnen Angeklagten hat das Gericht festgestellt, daß Erich Maronde nach der Aussage eines Polizeibeamten

in der Richtung nach dem Nationalsozialisten zu geschlagen haben soll.

Höck soll in drei Fällen auf die Nationalsozialisten eingeschlagen haben. Er hat jedoch unwiderlegt behauptet, daß er einen Fußtritt bekommen habe. Zeemann bestreitet, überhaupt geschlagen zu haben. Er war besonders als Führer von der Polizei aufgefordert worden, mitzukommen; und ihm war ja auch bescheinigt worden, daß er zur Ruhe mahnte.

Trotzdem folgte das Gericht den Aussagen zweier Nationalsozialisten, die ebenfalls Zeemann beim Schlagen beobachtet haben wollen.

Eine Kritik an diesem Urteil erübrigt sich fast. Das Gericht ist auch in seiner Urteilsbegründung einfach darüber hinweggegangen, daß ja eine Zusammenrottung für die einzelnen Angeklagten gar nicht vorliegen könne (obwohl eine Menge von etwa 300 Personen die Nationalsozialisten zur Wache begleiteten). Denn sie waren von der Polizei aufgefordert worden, mitzukommen. Das Gericht hat bei der Urteilsbegründung wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß es bedauere, diese Strafen anwenden zu müssen.“

Auf Grund der genannten „Beweismittel“ sind also Erich Maronde, Höck und Zeemann für je zehn Jahre ins Zuchthaus geschickt worden, weil das Gericht sie für überführt hielt, aus einer zusammengewürfelten Menge heraus Gewalttätigkeiten begangen zu haben.

Gegen das ungläubliche Urteil hat Rechtsanwalt Salinger Revision eingelegt. Daß dies möglich war, ist dem Zufall zu verdanken, daß die Verhandlung nicht vor einem Sondergericht stattgefunden hat.

faßt hätte. Alle bisher unternommenen Versuche, die Erziehung „deutsch“ zu gestalten, hätten den Stempel der Lauheit getragen. Es käme endlich darauf an, die Begriffe „Opfer“ und „Posten“ in ihrer guten alten deutschen Bedeutung wieder lebendig zu machen — nicht „nach Posten jagen“ wollten sie, sondern „auf Posten stehen“, und „Opfer“ bedeute, daß man sich selber einsetze für eine Idee, für eine Weltanschauung.

„Darum achten wir den SA- und SS-Mann so hoch, weil durch sie der Opferbegriff wieder ins Volk getragen worden ist. Das ist wichtig für die gesamte Erziehung!“

Thälmann in Paris.

Am Montag trat Ernst Thälmann in einer kommunistischen Massenversammlung in Paris auf, die der Feier des 15. Jahrestages der russischen Revolution gewidmet war. Aus seiner Rede, die auf zwei Seiten der Dienstag-Ausgabe der „Roten Fahne“ wiedergegeben ist:

„Heute gibt es zwischen der Bourgeoisie Deutschlands und Frankreichs heftige Gegensätze. Der deutsche Imperialismus fordert die Gleichberechtigung . . . Der französische Imperialismus pocht auf die durch den Versailler Vertrag geschaffene Vorherrschaft in ganz Europa . . . um Deutschland zu Boden zu drücken.

Nur gemeinsam können wir, verbunden durch den proletarischen Internationalismus, . . . durch den erfolgreichen Kampf für die soziale Befreiung der Werktätigen, zugleich die nationale Befreiung vom Versailler Joche erkämpfen.

Die werktätigen Massen Deutschlands stöhnen unter der doppelten Ausplünderung durch die deutsche Bourgeoisie und die imperialistischen Sieger von Versailles. Millionen von Deutschen sind durch den Versailler Vertrag unter die Herrschaft des französischen Imperialismus und seiner Vasallenstaaten geraten, oder sie schmechten in den Ketten des italienischen Faschismus, wie die Hunderttausende Deutsche in Südtirol. Ihnen allen . . . wollen wir Kommunisten das freie und uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht für ihre soziale und nationale Befreiung erkämpfen.

Der Satz Liebknechts:

„Der Feind steht im eigenen Lande“

ist leider erst am Schluß von Thälmanns Rede vorgekommen. Hätte er am Anfang gestanden, dann hätte die Rede vielleicht anders ausgesehen! Dann wäre sie vielleicht mehr im Geist des Führers der russischen Revolution ausgefallen.

Kommunistenhetze in Bulgarien.

Nachdem der Kongreß der bulgarischen Arbeiterpartei verboten worden ist, hielten 142 Kommunisten in Sofia eine Geheimversammlung ab, von der die Polizei Nachricht erhielt. Die 142 Anwesenden, unter denen sich sechs Abgeordnete befinden, wurden verhaftet.

Rotationsmaschine der „Roten Fahne“ wiederufflich freigegeben.

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit, daß die Rotationsmaschine der „Roten Fahne“, der City-Druckerei, wieder freigegeben wurde, nachdem sich der Vorstand der Druckerei verpflichtet hat, keine „Druckaufträge strafbaren Inhalts“ auszuführen. Es heißt in der Mitteilung wörtlich: „Unter Druck-sachen strafbaren Inhalts fallen auch Erzeugnisse, die zum politischen Massenstreik zwecks Sturzes der Regierung oder Aenderung der Verfassung und zum revolutionären Ausweg aus der Krise auffordern.“ Praktisch bedeutet das natürlich ein Verbot der KP. Es offen auszusprechen, scheuen sich die Herren von oben. Daher sucht man durch alle erdenkbaren Schikanen die politische Tätigkeit der Kommunisten zu behindern.

Mittelstand im Elend.

Zwei Verhandlungen beim Amtsgericht Berlin-Mitte.

Der Schneidermeister W. hatte sich wegen Pfandbruchs zu verantworten. W., das Haupt einer zehnköpfigen Familie, konnte seit 1925 in seinem Berufe keine Beschäftigung mehr finden. Da ihm als selbständigem Schneidermeister keinerlei Unterstützung gewährt wurde, war seine Lage alles andere als beneidenswert. Bald trat der Fall ein, daß die Steuerbehörden einige dem Angeklagten aus seiner besseren Zeit verbliebenen Stoffe pfänden ließen. Doch die Not war mächtiger als der auf den Stoffen klebende Kuckuck des Gerichtsvollziehers, und eines Tages hatte der Angeklagte die gepfändeten Stoffe zu Anzügen verarbeitet und verkauft.

Urteil: 1 Woche Gefängnis.

Als nächster sitzt der Klempnermeister W. auf der Anklagebank, weil er, obwohl sein Bankkonto bereits mit 11 Mark überzogen war, einen Lieferanten mit einem Scheck in Höhe von 15 Mark bezahlt hatte. Er entschuldigt sich damit, daß er geglaubt habe, bis zur Einlösung des Schecks würden schon wieder einige Mark auf sein Bankkonto eingehen. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 24 Mark und bewilligte ihm Ratenzahlungen von monatlich 6 Mark.

Aktuelle Forderungen der SPD aus dem Jahre 1907.

F. D. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1907 zog die SPD unter anderen mit folgenden Forderungen in den Wahlkampf:

für die Sicherung der Meinungsfreiheit und freien Betätigung der politischen und religiösen Überzeugung in allen Lebensstellungen, insbesondere auch für die Beamten und Militärpersonen, die ferner nicht Staatsbürger 2. Klasse sein sollen;

für Sicherung vor Beamtenwillkür und für Sicherung einer unparteiischen Rechtspflege;

für die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche;

für vollste Freiheit des religiösen Bekenntnisses;

für die stufenweise Herabsetzung und schließlich gänzliche Beseitigung der Zölle und Steuern auf notwendige Lebensmittel;

für die Beseitigung der Einfuhrbeschränkungen auf die Einfuhr von Vieh und Fleischwaren unter Aufrechterhaltung zweckmäßiger aber nicht schikanöser sanitärer Kontrollmaßregeln;

für die Aufhebung der Zölle auf Futtermittel;

für die Einführung einer progressiven Reichseinkommensteuer für alle Einkommen über 5000 Mark im Jahr; für die Einführung einer progressiven Vermögenssteuer für alle Vermögen über 50000 Mark und für sehr erhebliche Erweiterung der Reichserbschaftsteuer;

gegen die unsinnigen Flottenrüstungen;

für eine auswärtige Politik, die die Versöhnung und Verbrüderung der Völker zum Ziele hat und Schlichtung internationaler Streitigkeiten durch einen aus Vertretern der Kulturnationen zusammengesetzten Gerichtshof;

gegen die Liebesgabenpolitik (Subventionierung der Großagrarien).

Und heute?

„Darum ruft die Sozialdemokratie auf (!) zur Verstaatlichung des Bergbaues, der Schwerindustrie, der Chemie (!), der Großbanken und zur Enteignung des Großgrundbesitzes über 200 Hektar.

Darum fordert die Sozialdemokratie in genau ausgearbeiteten Anträgen: Arbeitsbeschaffung (insbesondere auch für Jugendliche), geordnete Volksernährung, Winterhilfe für Notleidende und Mietbeihilfen, Schutz notleidender Schuldner und Pächter, Aufhebung der gegen die Sozialpolitik (Erwerbslosen- und Kriegarenten) und gegen die Tariflöhne gerichteten Notverordnung, Notsteuern von Besitz und Einkommen, Tabak- und Erdölmonopol — Fürstenent-eignung — Höchstgehälter von 12000 Mark — Höchstpensionen von 6000 Mark im Jahre.“

Welch ein Abstieg in 25 Jahren! Die Forderungen der SPD von 1907 wären heute wahrlich viel wirksamer als die pflaumenweichen Forderungen von heute.

Um nur eines als Beispiel und als Anregung zur kritischen Vergleichung herauszuheben: Die Beseitigung der Zölle auf notwendige Lebensmittel und die Beseitigung der Liebesgabenpolitik würden die Junker zu Grunde richten und damit eines der schlimmsten wirtschaftlichen und politischen Geschwür am Körper der deutschen Gesellschaft zum Anbrechen bringen. Man brauchte dann nicht mehr, schamhaft zur Enteignung des Großgrundbesitzes aufzurufen.

BESTELLSCHHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom . . . ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straße und Hausnummer
Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 1 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Die autoritäre Regierung in einer agrarpolitischen Sackgasse.

Die deutschen Getreidepreise wollen nicht parieren. Sie sinken und sinken. Der Doppelzentner Roggen kostete in Berlin am 27. Oktober 1932 15,20 Mark. Ein Jahr vorher hatte er — unter der Regierung des Bolschewisten Brüning! — 18,60 Mark gekostet. Der höchste 1932, vor der Ernte, erzielte Preis war 20,70 Mark. Für Weizen lauten die entsprechenden Preise: Tiefster Stand am 27. Oktober 1932: 18,90 Mark; Preis zur gleichen Zeit 1931: 21,55 Mark; Höchststand 1932: 27,70 Mark.

Tut das Kabinett der Junker denn weniger für die Großagrarier als seine Vorgänger?

Gemessen an den Anstrengungen, sicher nicht. Daß der Erfolg auf dem Getreidemarkt bisher ausgeblieben ist, liegt daran, daß bereits die Vorgänger des heutigen Kabinetts den Großagrarier zu viel geholfen haben! Die Preise für Getreide waren infolgedessen, namentlich verglichen mit den gesunkenen Preisen für Vieh und Viehprodukte, so verlockend hoch, daß die Produktion von Brotgetreide auf Kosten der Veredelungsproduktion und ihrer Futtergrundlage erweitert wurde. Das ging so lange „gut“, das heißt: die Preise blieben hoch, als die Ernte trotzdem noch nicht hinreichte, um den Inlandsbedarf zu decken; denn so lange richtete sich der Preis der deutschen Ernte nach dem Preis des eingeführten, durch Zoll verteuerten Getreides. Da nun die Ernte 1932 gut ausgefallen ist, braucht wenig oder gar kein Brotgetreide eingeführt zu werden, infolgedessen wird der Preisstützung durch die Zölle die altgewohnte Wirkung genommen. Fast unzählige Hilfsmaßnahmen, die wir im „Funken“ nach einander beschrieben haben, vermochten den Fall der Getreidepreise nicht aufzuhalten.

Die alte Zollpolitik hat sich in einer Sackgasse totgelaufen. Wo ist der Ausweg?

Es ist für die Regierung sicher nicht erfreulich, Ende Oktober, kurz vor den Wahlen, ein Schreiben des geschäftsführenden Präsidenten des Reichslandbundes zu erhalten, in dem es nach einer Mitteilung der Korrespondenz „Osthilfe“ heißt, das weitere Absacken der Preise würde den Verlust der einzigen Errungenschaft der Regierung Brüning mit sich bringen. Die Reichsregierung wird in jenem Brief hingewiesen auf ihre

„klare Zusage“, das Getreidepreisniveau halten zu wollen.

Als Weg für die „Stabilisierung“ der Getreidepreise nennt der Landbund die Einräumung eines Rediskontkredits in Höhe von 100 Millionen Mark durch die Reichsbank an die Getreide-Handels-Gesellschaft, für den die Reichsregierung die „geringe“ (!) Ausfallbürgschaft von 20 bis 25 Millionen Mark übernehmen müßte.

Ministerialdirektor Moritz, der zuständige Getreide-Referent im Reichsernährungsministerium, wurde, wohl auf diese Mahnung des Landbundes hin, prompt aus Urlaub zurückgerufen. Schon der Umstand, daß man von der Regierung nun neue Maßnahmen zur Stützung der Getreidepreise erwartet, hat zu einer gewissen Steigerung des Getreidepreises geführt: Am 31. Oktober wurden für einen Doppelzentner Roggen in Berlin 15,70 Mark, für einen Doppelzentner Weizen 19,20 Mark bezahlt.

Die Regierung will offenbar den Weisungen des Landbundes folgen und — wahrscheinlich auf dem von ihm bezeichneten Weg — über die bisherigen Roggenkäufe für Futterzwecke hinaus Getreide für Ernährungszwecke aufkaufen und einlagern lassen. Die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ berichtet darüber:

„Die Einlagerung von Brotgetreide, im wesentlichen Roggen, durch die Deutsche Getreidehandels-Gesellschaft wird so lange fortgesetzt werden, bis ein normaler Preisstand erreicht ist. Dementsprechend sind auch für den Aufkauf keine festen Grenzen gesetzt.“

Also: Um jeden Preis soll der Getreidepreis hochgehalten werden!

Dabei sehen selbst die Herren von der Redaktion der „Landwirtschaftlichen Wochenschau“ besorgt in die Zukunft, wie aus den unmittelbar folgenden Ausführungen hervorgeht: „In diesem Jahre ist die Getreidebewegung erheblich umfangreicher und vielseitiger organisiert worden als sonst. Abgesehen von der Magazinierung, die um so riskoreicher werden kann, je größere Mengen auf Lager genommen werden, läßt sich kaum noch eine weitere Stützungsmaßnahme vorstellen.“

Unser Vorstellungsvermögen reicht allerdings weiter: Wir können uns zum Beispiel eine Zwangsbewirtschaftung des Getreides zu Gunsten der Großagrarier vorstellen, ferner Verlustausfuhr von Getreide mit Hilfe von Staatszuschüssen in weit größerem Maßstabe als bisher, ja sogar — nach dem berühmten Kaffee-Vorbild — die Vernichtung von Brotgetreide, eine inmitten einer hungernden Bevölkerung politisch freilich schwer durchführbare Maßnahme. Aber ehe die Großgrund-eigentümer „hungern“, riskieren sie es doch wohl lieber, ihren Mitmenschen zuzumuten, Brotgetreide vor ihren Augen verbrennen zu sehen!

Vorläufig wird man sich aber wohl mit der „Magazinierung“ von großen Getreidemengen begnügen. Die Hoffnung geht wohl dahin, die Ernte des nächsten Jahres werde kleiner sein, und dann werde man magazinierendes Getreide ohne wesentlichen Preisdruck verkaufen können. Wir werden also wemöglich noch Gebete hören:

„Herr, schonke uns eine schlechte Ernte!“

Von Seiten des Landbundes wird übrigens ausdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, nunmehr der Veredelungswirtschaft und den Spezialkulturen bessere Preise zu sichern und so einen bisher bestehenden besonderen Anreiz zur „Forcierung“ des Getreideanbaus zu beseitigen. Damit wären wir also bei dem Hauptschlager des Herrn von Braun:

Kontingente, Kontingente!

Wie ist die Kriegslage auf dem Kampfplatz zwischen Industrie und Großagrarier, zwischen Wirtschafts- und Ernährungsministerium?

Am 28. Oktober abends wurde vom Wolff-Büro eine Meldung verbreitet, aus der sich ergab, die Regierung sei ent-

schlossen, die Kontingentierung der landwirtschaftlichen Einfuhr in Kürze durch Verordnung vorzuschreiben. Diese Meldung bedeutete eine jähe Enttäuschung für diejenigen, die gehofft hatten, das Gespenst der Kontingente sei bereits vom politischen und damit von ihrem Außenhandelshimmel verschwunden.

Die Alarmnachricht wurde am Tag darauf offiziell zurückgezogen.

Dabei wurde von zuständiger Seite gesagt, Herr von Papen habe sich ja in seiner letzten Rede erst wieder zum Kontingentierungsgedanken bekannt; man werde die Beendigung der Rundreise der Kommission — der Tomatenkommission! — abwarten; dann werde das Kabinett nochmals zu der Kontingentierungsfrage auf Grund der Verhandlungsergebnisse Stellung nehmen.

Sicher ist, daß die erste Meldung aus dem Reichsernährungsministerium kam, in dem man anscheinend auf eigene Faust „autoritäre Politik“ machen und die Mitwelt nach bekanntem Muster vor vollendete Tatsachen stellen wollte.

Die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ setzt diese „autoritäre Politik“ auf eigene Faust fort, indem sie behauptet: „Die geflüsterte Verbreitung der Behauptung, daß die Reichsregierung die Kontingentierung der Einfuhr endgültig bis nach den Wahlen vertagt und damit praktisch aufgegeben habe, hat nun zu so eindeutigen offiziellen Erklärungen geführt, daß sich die Reichsregierung auf die Durchführung der autonomen Kontingentierung noch vor der Wahl festgelegt hat.“

Die „autoritäre Staatsführung“ scheint selber nicht zu wissen, auf welchem Weg sie aus der Sackgasse herausführen soll. Soll sie es riskieren, deutschen Export lahm zu legen und damit die Arbeitslosigkeit zu vergrößern? Was kann außer den Kontingenten ein weiteres Anwachsen der Getreideanbauflächen verhindern? Vor allem: Wie hält man wenigstens bis zum 6. November die Landbund-Wähler einigermaßen bei der Stange? Diese und ähnliche Fragen bewegen die Herren im Reichsernährungsministerium.

Mit jeder neuen Maßnahme, die sie ergreifen, wird deutlicher, daß alle Maßnahmen letzten Endes nur unter dem einen Gesichtspunkt getroffen werden: Wie retten wir die ökonomische und damit politische Stellung der ostelbischen Großgrundeigentümer?

Wer erinnert sich nicht wegwerfender Äußerungen, auch in sozialistischen Kreisen: Was scheren uns in einer Republik, in der die Mehrheit entscheidet, ein paar tausend ostelbische Junker?

Autarkie, das Paradeferd wirtschaftspolitischer Dilettanten.

Zu diesem Thema entnehmen wir der Zeitschrift „Creditreform“ die folgende Betrachtung:

„Diese Konflikte mit Ländern, mit denen wir bisher durch einen nachbarlichen Güteraustausch eng verbunden gewesen sind, geben uns aber schon einen Vorgeschmack davon, wie es bei uns aussehen würde, wenn das Paradeferd wirtschaftspolitischer Dilettanten einer wirtschaftlichen Autarkie für Deutschland wirklich einmal ernsthaft gesattelt werden würde.“

Wenn das uns sehr wohlgenannte Schweden auf die Kündigung des Handelsvertrages hin sofort 150 000 t. Kohlen, die es bisher aus Deutschland bezogen hat, in England bestellt und wenn Dänemark, über den deutschen Butterzoll verärgert, den Kohlenbedarf seiner Staatsbahn künftig auch in England decken will, nachdem es schon die Einfuhr deutscher Textilwaren auf ein Minimum gedrosselt hat, so läßt sich leicht ermesen, wie wenig noch dazu gehört, um unseren mühsam aufrecht erhaltenen Ausfuhrhandel völlig ein Ende zu machen. Ob die Propheten einer hemmungslosen Autarkie vielleicht ein Rezept dafür wissen, womit ein vom Export ausgeschlossenes Deutschland dann die Baumwolle und Wolle, die Eisen- und Kupfererze, das Oel und den Kautschuk aus dem Auslande bezahlen soll, die es braucht, um die Industriewaren für die Versorgung des inneren Marktes herzustellen?“

Diesseits und jenseits der Zollmauern.

Diesseits		Jenseits			
Preise im September in Mark					
Ware	Menge	Ort	Preis	Ort	Preis
Weizen . . .	100 Kilo	Berlin . . .	20,88	Hamburg unverzollt	9,20
Roggen . . .	100 „	Berlin . . .	16,10	Rotterdam .	7,09
Gerste . . .	100 „	Berlin . . .	16,97	London . . .	7,63
Hafer . . .	100 „	Berlin . . .	13,89	London . . .	7,66
Mais	100 „	Hamburg		Hamburg	
		verzollt	16,04	unverzollt	6,52
Reis	100 „	Hamburg			
		verzollt	16,—	London . . .	12,49
Zucker . . .	100 „	Magdeburg unversteuert	43,46	New York	10,56
				Kopenhagen	145,22
Butter . . .	100 „	Berlin . . .	222,—	London,	
				nousec-	
				ländische	161,37
Steinkohle .	1 Tonne	Essen . . .	14,21	Newcastle,	
				England	8,84
				USA	8,70
				Groß-	
				britannien	41,96
Roh Eisen . .	1 „	Oberhausen	69,—	Frankreich	34,13
				Belgien . . .	34,—
Stabeisen . .	1 „	Oberhausen	110,—	Antwerpen .	48,76
Benzin . . .	100 Liter	Berlin . . .	23,—	New Orleans	4,84

Wir stellen vor:

Ein treuer Diener seiner Herren.

Wer ein schlechtes Gewissen hat und irgend eine schlimme Handlung zu verbergen sucht, gibt sich die größte Mühe, vom Wesentlichen ab- und auf Nebensächliches hinzulenken. Das war die Methode, die Dr. Heinecke, Abteilungsleiter im Reichsverband der deutschen Industrie, mit Geschick anwandte, als er kürzlich vor der schwierigen Aufgabe stand, im Rahmen der Wirtschaftsvorträge des Hamburger Lehrervereins den „Kampf um die kapitalistische Wirtschaftsform“ zu führen: 40 Minuten verwendete Heinecke auf die Aufzählung der verschiedenen „antikapitalistischen Fronten“; 20 Minuten genügten ihm zur Auseinandersetzung mit gegnerischen Argumenten; und dann erbrachte er in 10 Minuten den Scheinbeweis, daß der Kapitalismus gänzlich unschuldig sei an der gegenwärtigen Wirtschaftskrise.

Die „antikapitalistischen Fronten“ zerfallen nach Heinecke in „Instinktfrenten“ und „Verstandesfronten“. Mit den „Instinktfrenten“ sich abzugeben, lohnt nicht, denn sie beruhen auf vagen Gefühlen, wie z. B. dem aus dem Neid stammenden Gefühl, der Kapitalismus sei ausbeuterisch und ungerecht. Bei der Darstellung der „Verstandesfronten“ erweckte er den Anschein der Objektivität durch ausgemacht freundliche Behandlung des Kommunismus.

Die Auseinandersetzung mit den Argumenten der Gegner leitete Heinecke mit einem Schattenkampf ein: Er bestritt lebhaft, daß sich der Kapitalismus als unfähig erwiesen habe, die Menschheit mit immer mehr Verbrauchsgütern zu versorgen. — Das wirft dem kapitalistischen System keiner vor, wohl aber, daß es darin versagt hat, die Güter gerecht zu verteilen!

Mit diesem Angriff setzte er sich in folgender Weise auseinander: „Man wirft dem Kapitalismus vor: Er gibt einer Schicht Gelegenheit, eine andere auszubeuten. Erlassen Sie es mir, auf dies Argument einzugehen; es liegt auf dem Gebiet des Gefühls, es entstammt dem Neid.“ (!)

Nun folgte zur Vernebelung eine Auseinandersetzung mit folgendem Argument: „Es wird behauptet, der Kapitalismus wolle den Staat zum Nachwächterstaat degradieren, der nicht in das Getriebe der Wirtschaft eingreifen dürfe.“ O nein, Dr. Heinecke, daß Sie das nicht wollen, das wissen wir seit Marx. Sie wollen, daß der Staat das bleibt, zu dem Ihre Arbeitgeber ihn gemacht haben: das Machtinstrument der Kapitalistenklasse zur Sicherung der Ausbeutung!

Den Vorwurf, der Kapitalismus sei imperialistisch und verantwortlich für Kriege, „entkräftete“ Heinecke mit dem Hinweis: „Der Kapitalismus ist erst etwa 100 Jahre alt. Kriege aber hat es — wie Sie, meine Herren Lehrer, uns gelehrt haben — schon seit Jahrtausenden gegeben! Und überdies: Andere Antikapitalisten werfen ihm das Gegenteil vor: er sei international.“ — Als wenn die Kapitalisten nicht in vielen Sätteln reiten könnten! Wenn imperialistische Kriege einen Vorteil versprechen, machen sie in imperialistischen Kriegen; wenn internationale Abmachungen vorteilhafter für sie sind, tragen sie die Maske des Friedens.

Nach allerhand Versuchen, die wirklichen Krisenursachen zuzudecken, forderte Heinecke, daß man endlich der kapitalistischen Wirtschaft die Gelegenheit gebe, „die eigene Initiative wieder zu entfalten“; dann könne endlich die Krise wieder überwunden werden. Er spielte den Verfechter der wirklich freien Wirtschaft, indem er im Brustton der Überzeugung ausrief: „Gegen jede Subvention!“ Nur fügte er nach einer Pause mit leiserer Stimme hinzu: „die die freie Initiative einschränkt.“

Alle Diskussionsredner, mehr als zehn, vertraten die anti-kapitalistische Front. Sie zerpfückten unter der Zustimmung der Versammlung Heineckes Scheinbeweis. Festgenagelt auf seinen Satz „Gegen jede Subvention, die die freie Initiative einschränkt“, ließ Heinecke den Zusatz fallen, erklärte aber auf Anfrage, Osthilfe sei keine Subvention, sondern „ein Akt zur Erhaltung des deutschen nationalen Grenzvolkstums“. Wir empfehlen dem Reichsverband der deutschen Industrie diese Umtaufmethode zur allgemeinen Nachahmung: Man gebe jeder Subvention einen anderen Namen; dann kann man verkünden: „Wir sind gegen jede Subvention!“

Dr. Heinecke hatte all diese die Lehrerversammlung doch tief bewegenden Fragen im Plauderton abgehandelt. Er hatte nicht erwartet, auf so gut begründeten Widerstand zu treffen. Er zeigte sich nicht imstande, seine Position zu halten. Zuerst versuchte er deshalb, mit ein paar freundlichen Bemerkungen in Anbetracht der späten Stunde, der Ermüdung der Zuhörer und so weiter auf das Schlußwort zu „verzichten“. Als er sich unter dem Druck der Versammlung doch noch zu einem Schlußwort bequemte, machte er einige allgemeine Ausführungen über Zölle, gegen Inflation, und sprach von der hohen Aufgabe des Kapitalismus und dem Pflichtgefühl der Kapitalisten der Allgemeinheit gegenüber. Die Versammlungsbesucher hatten den Eindruck, daß es ihm nicht gelungen sei, das wahre Gesicht der herrschenden Klasse zu verhillen.

R.-Sch.

Nachwort der Schriftleitung: Wir haben den Eindruck, daß die Versammlungsteilnehmer sehr dazu beigetragen haben, das wahre Gesicht der herrschenden Klasse zu verhüllen. Sie hätten es dem Redner von vornherein nicht „erlassen“ dürfen, auf das Argument einzugehen, im Kapitalismus habe eine Schicht Gelegenheit, die andere auszubeuten. Sein Verfahren, diese Behauptung abzutun mit dem frechen alle Ausgebühten beleidigenden Hinweis, das Argument entstamme dem Neid, müßte doch unter unverbildeten Volksbildnern einen solchen Proteststurm auslösen, daß der Redner abtreten muß. Uns scheint, die herrschende Klasse hat in Lehrern, die in ihrer überwiegenden Mehrzahl gegen den Kapitalismus bestenfalls reden, aber nicht handeln, eine noch immer ausgezeichnete Stütze.